

**BASELBIETER**
**FREISINN**
**Wir machen die Schweiz stark!**
**Liebe Freisinnige**

Seit dem 1. Januar 2026 darf ich als Regierungsrat der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion unseres Kantons vorstehen. Die ersten Wochen und Monate in der neuen Funktion waren geprägt von vielen Begegnungen, Gesprächen und Eindrücken.

In dieser intensiven Einarbeitungsphase haben sich viele Puzzleteile zusammengesetzt. Nach einer umfassenden Auslegeordnung über alle Aufgabenbereiche meiner Direktion hinweg ist für mich klar, dass ich im Wahlkampf am richtigen Ort eingehakt habe: Die zentralen Herausforderungen bestehen derzeit in der Bildung.

In der laufenden Legislatur fokussiere ich deshalb auf die Weiterentwicklung des Sprachenkonzepts für die Volksschule, die Stärkung der Regelschule sowie auf eine gerechte und stabile Finanzierung der Universität Basel. Diese drei Themen weisen den dringendsten Handlungsbedarf auf, sind in einen nationalen Kontext eingebettet und haben potenziell weitreichende Auswirkungen – nicht zuletzt finanzieller Art.

Bildung ist ein wichtiger Standortfaktor für den Kanton Basel-Landschaft. Entsprechend verfolge ich übergeordnet das klare Ziel, mit den eingesetzten Mitteln die grösstmögliche Wirkung zu erzielen und gleichzeitig die hohe Qualität unseres Bildungsangebots zu sichern.

**Fortsetzung Seite 3**
**Markus Eigenmann**

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und  
 Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion



Foto: Landeskantlei Kanton Basel-Landschaft

100 Tage im Amt als Regierungsrat, Fortsetzung	Seite 3
Rückblick Parteitag	Seite 4
Mit vier Schwerpunktthemen in die Wahlen 2027	Seite 6
Obligatorischer Nothelferunterricht	Seite 7
Kantonale Abstimmungen	Seite 8
Richterinnen/Richter	Seite 9



### Liebe Freisinnige

Der Abstimmungssonntag vom 8. März markiert einen wichtigen Moment für die Schweiz – und für uns Freisinnige. Zwei wichtige Vorlagen haben die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik entschieden.

### Heiratsstrafe abgeschafft

Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe wird ein jahrzehntelanges Anliegen endlich Realität. Das neue Gesetz beseitigt dieses Unrecht und entlastet vor allem den Mittelstand. Arbeit lohnt sich künftig für alle stärker. Es steht der Mitte natürlich frei, diesen Fortschritt nicht anzuerkennen und dennoch an ihrer Initiative festzuhalten – über ein solches Demokratieverständnis wird im Abstimmungskampf zu diskutieren sein.

### Neuer Schuldenfonds erfolgreich abgewehrt

Ebenso deutlich haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den sogenannten Klimafonds abgelehnt. Sie haben erkannt, dass ein milliardenschwerer Schuldenfonds, der an der Schuldenbremse vorbeikonstruiert ist und ohne klare Finanzierung auskommt, keine nachhaltige Klimapolitik garantiert. Verantwortung für Umwelt und Finanzen gehört zusammen – genau dafür steht der Freisinn.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so sehr betrübt uns der Blick auf die geopolitische Lage

und die aktuellen Herausforderungen für unser Land. Die Welt ist unsicherer geworden, und sicherheitspolitische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fragen drängen sich mit neuer Wucht auf. Umso unverständlicher ist es, dass Teile der Schweizer Politik notwendige Antworten verweigern.

### NEIN zur Chaos-Initiative

Die sogenannte Chaos-Initiative ist ein Paradebeispiel: Sie löst kein Problem, schafft aber viele neue, gefährdet stabile Beziehungen, verlässliche Regeln und eine pragmatische Steuerung der Zuwanderung.

- › Wegfall der Personenfreizügigkeit: Der Zugang zu dringend benötigten Fachkräften würde erschwert. Gesundheitswesen, Tourismus und Landwirtschaft brauchen aber gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- › Ende des Zugangs zum Schengen-System: Ohne Datenaustausch droht die Schwächung von Grenzkontrollen und Kriminalitätsbekämpfung.
- › Stillstand des Dublin-Abkommens: Hunderttausende in der EU abgewiesene Wirtschaftsmigranten könnten in der Schweiz erneut in Zweitgesuch stellen.

### JA zum Zivildienstgesetz

Gleichzeitig gilt es beim revidierten Zivildienstgesetz die Funktionsfähigkeit unserer Milizarmee zu sichern. Der Zivildienst darf kein Aus-

weichgefäss sein, das systematisch personelle Lücken in der Armee reisst. Ein Ja zum Gesetz bedeutet, Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen und die Balance zwischen Armee und Zivildienst wiederherzustellen. Die weitere Aushöhlung der Armeebestände muss ein Ende haben.

### Verantwortung wahrnehmen, Blockaden überwinden

Auch bei der Finanzierung der Armee erleben wir Blockaden, die den Dringlichkeiten, die sich unserem Land aktuell stellen, nicht gerecht werden. Wer hier einfach nach neuen Steuern und Abgaben ruft, rüttelt am Fundament des liberalen Erfolgsmodells. Es braucht jetzt Entschlossenheit und den Willen, Verantwortung zu übernehmen und die Prioritäten an den geopolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in entscheidenden Fragen stillzustehen und das Portemonnaie der Bevölkerung im Dreimonatsrhythmus zu belasten. Es muss ein Ruck durch die Politik gehen – im Interesse unseres Landes, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

**Susanne Vincenz-Stauffacher,**  
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

**Benjamin Mühlemann,**  
Co-Parteipräsident und Ständerat

Fortsetzung von Seite 1

Erstens will ich das Sprachenkonzept für die Volksschule weiterentwickeln – faktenbasiert und ideologiefrei. Dank der schweizweit einzigartigen Standortbestimmung verfügen wir im Baselbiet dafür über eine solide wissenschaftliche Grundlage, die bestätigt: Für erfolgreichen Fremdspracherwerb ist nicht der Startzeitpunkt allein entscheidend. Entlang weiterer Handlungsfelder – wie Unterrichtsgestaltung oder Sprachkompetenz der Lehrpersonen – lasse ich Varianten erarbeiten, welche die Wirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts gezielt verbessern sollen. Ein Entscheid soll bis Mitte 2027, die Umsetzung spätestens 2030 möglich sein.

Zweitens müssen wir das starke Kostenwachstum in der Sonderschulung bremsen. In den letz-

ten Jahren sind sowohl die Anzahl Sonderschülerinnen und -schüler als auch die aufgewendeten Mittel massiv angestiegen. Auf diese Entwicklung müssen wir dezidiert reagieren. Als wirkungsvollste Stossrichtung erachte ich die Stärkung der Regelschule – insbesondere möchte ich einen Ausbau der sonderpädagogischen Kompetenzen an den regulären Primar- und Sekundarschulen überprüfen. Erhöht sich die Tragfähigkeit der Regelschule, reduziert sich der Bedarf an besonders kostenintensiven separativen Massnahmen.

Drittens setze ich mich ein für eine gerechte und stabile Finanzierung der Universität Basel. Sie ist ein zentraler Pfeiler unseres Bildungs- und Forschungsstandorts und von grosser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Gleichzeitig stellen weiter steigende Immobilienkosten, das Entlastungspaket 27 des Bundes sowie nicht

kostendeckende Beiträge anderer Kantone für ihre Studierenden ein erhebliches finanzielles Risiko für unseren Kanton dar. Gemeinsam mit Basel-Stadt wird deshalb überprüft, ob die heutige Kostenverteilung der erzielten Wirkung für unseren Kanton entspricht. Zudem wird eine gerechtere Kostenbeteiligung der übrigen Kantone angestrebt.

Diesen drei Schwerpunkten liegt ein gemeinsames Prinzip zugrunde: Wirkung vor Wachstum. Steuergelder müssen gezielt, verantwortungsvoll und effektiv eingesetzt werden.

Das ist für uns Liberale nicht verhandelbar. Und dafür stehe ich ein – mit klaren Prioritäten und einem konsequenten Blick auf das Wohl der Menschen und der Unternehmen in unserem Kanton.



Einweihung Primarschulhaus Zunzgen. Foto: Primarschule Zunzgen



Schulbesuch bei der Primarschule Lampenberg, Foto: BKSD



Eröffnung des Sport- und Erlebnisparks auf dem Areal Goldbrunnen in Liestal (v.l.n.r.): Christian Saladin, Stv. Leiter Sportamt Baselland, Baselbieter Olympiateilnehmer im Bobsport, Mathieu Hersperger, Stadtrat Thomas Eugster, Regierungsrat Markus Eigenmann und Leiter Sportamt Baselland Thomas Beugger. Foto: Jasmin Haller

# Klares Nein zur Chaos-Initiative

FDP Baselland beschliesst Reformen und klare Parolen

Die FDP Baselland hat am Parteitag in Gelterkinden ihre Parolen für den Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 gefasst. Zudem konnte Matthias Liechti (SVP) mit seinem Auftritt überzeugen und breite Unterstützung für seine Kandidatur als Regierungsrat gewinnen. Mit diesen Entscheiden setzt die Partei ein klares Zeichen für eine verantwortungsvolle bürgerliche Politik sowie für eine klare Positionierung bei wichtigen politischen Fragen auf nationaler und kantonaler Ebene.

Am Parteitag vom 29. April 2026 in Gelterkinden hat die FDP Baselland zentrale Weichen für ihre politische und organisatorische Zukunft gestellt. Im Zentrum standen die Parolenfassung für die Abstimmungen vom 14. Juni 2026, eine umfassende Statutenrevision sowie die Unterstützung der Regierungsratskandidatur von Matthias Liechti.

## Parteitag für alle Mitglieder geöffnet

Mit der Annahme der revidierten Statuten setzt die FDP Baselland ein starkes Zeichen für mehr Offenheit und Mitsprache. Der Parteitag steht künftig allen Mitgliedern offen, das bisherige Delegiertensystem wird abgeschafft. Damit stärkt die Partei die direkte Mitbestimmung und passt ihre Strukturen an die Anforderungen einer modernen Mitgliederpartei an.

Gleichzeitig werden Abläufe vereinfacht, Zuständigkeiten klarer definiert und Entscheidungswege verkürzt. Ziel ist eine schlanke, effiziente Organisation, die näher bei ihren Mitgliedern ist und schneller auf politische Entwicklungen reagieren kann.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die gleichwertige Verankerung der FDP Frauen beider Basel neben den Jungfreisinnigen in den Statuten. Die Partei unterstreicht damit ihren Anspruch, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen und breit abgestützt Politik zu gestalten.



**FDP**  
Die Liberalen  
Baselland

**Abstimmungssonntag**  
14. Juni 2026

- ✗ «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeitsinitiative)
- ✓ Zivildienstgesetz
- ✗ Initiative «Zämme in Europa»
- ✓ Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung»
- ✓ Neue Ortsdurchfahrt Birsfelden
- ✓ Unterstützung Kandidatur Matthias Liechti in den Regierungsrat

### Eidgenössische Abstimmungen: Klare wirtschaftspolitische Haltung

Im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen vom 14. Juni fassten die Mitglieder klare Parolen. Deutlich lehnt die FDP Baselland die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab. Die sogenannte Chaos-Initiative würde aus Sicht der Partei den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen, dringend benötigte Fachkräfte fernhalten und den Wohlstand gefährden. Statt nachhaltiger Lösungen setze die Initiative auf Abschottung und Einschränkung.

Demgegenüber unterstützt die FDP die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG). Die Anpassung soll den Zivildienst gezielter ausgestalten und Missbräuche reduzieren, ohne dessen wichtigen Beitrag für Gesellschaft und Institutionen infrage zu stellen.

### Kantonale Vorlagen: Differenzierte Entscheide

Auch zu den Baselbieter Vorlagen nahmen die Mitglieder klar Stellung. Abgelehnt wird die Verfassungsinitiative «Für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)».

Unterstützt wird hingegen die Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung». Sie stärkt die demokratische Mitsprache in energiepolitischen Fragen und sorgt dafür, dass weitreichende Entscheidungen breit abgestützt sind.

Ein deutliches Ja beschloss die Partei zudem zur neuen Ortsdurchfahrt Birsfelden (Umgestaltung Haupt- und Rheinfelderstrasse). Das Projekt verbessert den Verkehrsfluss, erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden und wertet das Ortsbild nachhaltig auf. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zur Standortattraktivität der Gemeinde.

### Breite Unterstützung für Matthias Liechti

Ein weiterer Schwerpunkt des Parteitag war die Präsentation von Matthias Liechti. In einem Gespräch mit Monica Gschwind sowie im direkten Austausch mit den Mitgliedern konnte er überzeugen und breite Unterstützung gewinnen.

Mit seiner sachlichen, ruhigen Art, seiner fachlichen Kompetenz und seiner bodenständigen Persönlichkeit präsentierte sich Liechti als geeigneter Kandidat für den Regierungsrat. Die FDP Baselland setzt mit der Unterstützung von

Liechti bewusst auf eine konstruktive bürgerliche Zusammenarbeit im Interesse des Kantons.

### Engagierter Parteitag mit vielseitigen Impulsen

Eröffnet wurde der Parteitag von Parteipräsident Melchior Buchs. Weitere Beiträge lieferten Pascal Catin, Parteipräsident Sektion Gelterkinden u.U. sowie Urs Rudin, der Einblicke in aktuelle Herausforderungen im Pflegebereich gab und die Bedeutung nachhaltiger Lösungen in der Altersbetreuung hervorhob.

Mit den beschlossenen Reformen, klaren politischen Positionen und dem Fokus auf Zusammenarbeit sieht sich die FDP Baselland gut auf-

gestellt, um die kommenden Herausforderungen aktiv anzugehen und die Zukunft des Kantons mitzugestalten.



**Manuela Renz,**  
Kommunikationsverantwortliche  
FDP.Die Liberalen Baselland



# Mit vier Schwerpunktthemen in die Wahlen 2027

Die FDP-Landratsfraktion nutzt die verbleibende Legislatur, um klare liberale Akzente zu setzen und frühzeitig die Themen zu besetzen, mit welchen die Wahlen 2027 gewonnen werden sollen. Mit vier Vorstosspaketen zeigen wir, wo wir Handlungsbedarf sehen und mit welchen konkreten Ideen wir das Baselbiet stärker, effizienter und erfolgreicher machen wollen.

Mit «Perspektive Finanzen BL» wollen wir das Baselbiet wettbewerbsfähiger machen und die Rahmenbedingungen sowohl für die Wirtschaft als auch für Privathaushalte verbessern: Wir fordern etwa die Selbstveranlagung bei der Grundstückgewinnsteuer, damit Grundstücksgeschäfte schneller abgeschlossen werden können. Zudem soll die Perspektive der Wirtschaft verbindlich in die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) des Kantons einfließen, und mit einem One-Stop-Shop für Gewerbebewilligungen wollen wir Bewilligungsverfahren spürbar vereinfachen. Ausserdem fordern wir in verschiedenen Vorstössen eine längst überfällige Senkung der Einkommenssteuern ein.

Im Paket «Sicherheit, Rechtsstaat und Ordnung» wollen wir die Demokratie und die Gewaltenteilung stärken: Mit einem Verordnungsveto soll der Landrat eine gezielte «Notbrem-

se» gegen Verordnungen des Regierungsrates erhalten, wenn diese dem Willen des Gesetzgebers widersprechen oder keine politischen Mehrheiten finden. Darüber hinaus wollen wir die direkte Demokratie durch höhere Quoren bei Initiativen und Referenden aus dem Jahr 1863 in die Gegenwart holen. Und mit einem «Frühlingsputz» fordern wir die systematische Entbürokratisierung in der Verwaltung.

Mit dem Vorstosspaket «Verkehr und Infrastruktur» setzen wir auf leistungsfähige Netze und raschere Verfahren: Ganz allgemein wollen wir mit einer Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes unnötige Vorschriften streichen und raschere Verfahren sicherstellen. Zudem treiben wir mit mehreren Vorstössen zentrale Infrastrukturprojekte wie ZUBA, Rheintunnel oder Chienbergtunnel voran und wollen mit einem sogenannten Umbauten-Bonus,

d.h. einer höheren Nutzungsziffer, Verdichtung dort fördern, wo sie sinnvoll erscheint.

Und schliesslich wollen wir mit dem Vorstosspaket «Gesundheit und Gesundheitsversorgung» die Grundversorgung stärken und Kosten dämpfen: Wir fordern eine Anschubfinanzierung zur Stützung der Hausarztversorgung, treiben die Digitalisierung im Gesundheitswesen voran und prüfen mit «Spitex+» sowie Community-Health-Teams neue Versorgungsmodelle.

Sollten Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, weitere Ideen zu einem dieser Schwerpunkte haben, so freuen wir uns, wenn Sie diese mit einem Mitglied unserer Fraktion teilen. Nur gemeinsam gehen wir als Sieger aus den Wahlen 2027 hervor.



**Alain Bai,**  
Fraktionspräsident



# Jungfreisinnige fordern obligatorischen Nothelferunterricht in der Sekundarstufe I

Es ist mir immer eine Freude, Ihnen unsere Projekte vorzustellen! Im folgenden Text stelle ich Ihnen unsere neue Forderung vor.

## Petition

Die Jungfreisinnigen Baselland fordern, dass in der Sekundarstufe I jährlich ein obligatorischer Nothilfeunterricht durchgeführt wird. Menschen müssen früh lernen, wie man in einer Notsituation richtig reagiert und Leben rettet. Mit der lancierten Petition setzen wir uns für die Erste Hilfe ein, die wichtiger nicht sein könnte.

### Problematik

Viele junge Menschen verlassen die Schule, ohne über ausreichende Kenntnisse in Erster Hilfe zu verfügen. In einer Notsituation zählt jede Sekunde. Doch ohne das nötige Wissen und praktische Fähigkeiten fühlen sich viele Menschen unsicher oder wissen nicht, wie sie handeln sollen. Dadurch geht wertvolle Zeit verloren, in der Erste Hilfe geleistet werden könnte.

Erste Hilfe ist eine grundlegende Kompetenz, die jeder Mensch beherrschen sollte. Trotz ihrer grossen Bedeutung wird dieses Wissen im schulischen Alltag häufig nur unzureichend vermittelt.

### Forderung

Die Jungfreisinnigen Baselland fordern, dass in der Sekundarstufe I jährlich ein obligatorischer Nothilfeunterricht durchgeführt wird.

### Ziele

- › Kenntnisse der wichtigsten Erste-Hilfe-Massnahmen
- › Sicherheit im Umgang mit Notfallsituationen
- › Die Fähigkeit, bei Unfällen oder medizinischen Notfällen rasch und richtig zu reagieren

Mit der lancierten Petition soll sichergestellt werden, dass junge Menschen grundlegendes Wissen über Erste Hilfe erhalten. Dieses Wissen kann im Ernstfall Leben retten!

**Unterschreiben Sie online über den folgenden Link oder direkt über den QR-Code!**

<https://civic.ch/unterschreiben/nothilfeunterricht-fuer-schueler-jetzt>



**Cyril Bleisch,**  
Präsident Jungfreisinnige BL

# Mitsprache stärkt die Energiepolitik

## Energiepolitik

Die Energiewende gelingt nur mit Akzeptanz. Wer weitreichende Vorgaben macht, muss die Bevölkerung einbeziehen. Darum braucht es am 14. Juni ein Ja zur Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung».

Das Baselbiet stimmt am 14. Juni über eine Grundsatzfrage ab: Wer entscheidet künftig über zentrale energiepolitische Vorgaben? Auslöser der Initiative war die Aufnahme wichtiger Bestimmungen in das Energiedekret, wie zum Beispiel der Ersatz von fossilen Heizungen bei Bestandesbauten. Das Problem dabei: Gegen Dekrete kann das Volk kein Referendum ergreifen. Die Bevölkerung hat somit keine Möglichkeit, über weitreichende energiepolitische Vorgaben abzustimmen.

Gerade diese Vorgaben greifen jedoch tief in den Alltag ein. Sie beeinflussen Investitio-

nen, Planungssicherheit und Kosten für Haushalte, Eigentümer und Unternehmen. Vorgaben zu Heizsystemen oder technischen Anforderungen haben direkte finanzielle Folgen. Gleichzeitig unterscheiden sich Gebäude stark hinsichtlich Alter, Nutzung, Lage und technischer Eignung. Einheitliche Vorschriften stossen deshalb rasch an Grenzen und können erhebliche Mehrkosten verursachen.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Diskussion um den Heizungersatz. Starre Regelungen berücksichtigen oft weder die konkrete Situation vor Ort noch die finanziellen

Möglichkeiten der Betroffenen ausreichend. Die Folgen tragen nicht nur Eigentümer, sondern indirekt auch Mieter und KMU.

Genau hier setzt die Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» an. Sie verlangt, dass zentrale energiepolitische Entscheide wieder breiter demokratisch abgestützt werden. Dahinter steht eine einfache Überzeugung: Eine funktionierende Energiepolitik braucht Akzeptanz. Wo Vorschriften als realitätsfern wahrgenommen werden, wächst der Widerstand. Wo Lösungen nachvollziehbar und praktikabel sind, steigt die Bereitschaft, sie mitzutragen.

Viele Unternehmen und Privathaushalte planen Investitionen über Jahre hinweg. Wenn sich Vorgaben laufend ändern oder ohne Mitsprache verschärft werden können, entsteht Unsicherheit. Das verzögert Investitionen und schwächt den Standort Baselbiet.

Die Initiative ist kein Gegenentwurf zur Energiewende. Sie steht vielmehr für eine Energiepolitik mit Augenmass, die auf Akzeptanz, Realismus und Verlässlichkeit setzt. Energiepolitische Regeln sollen demokratisch legitimiert sein und im Alltag bestehen können.

Am 14. Juni entscheidet das Baselbiet deshalb auch darüber, wie Energiepolitik künftig gestaltet werden soll: mit breit abgestützten Lösungen oder mit Vorgaben am Volk vorbei. Für viele KMU und Bürger ist das keine abstrakte Debatte, sondern eine Frage von Kosten, Planbarkeit und Handlungsspielraum. Darum hat die FDP Baselland die JA-Parole gefasst – als klares Signal für eine Energiepolitik mit Augenmass und demokratischer Mitsprache.



Christine Frey,  
Landrätin

Mitreden beim  
Tempo der  
Energiewende.

JA

Energiepolitik  
nur mit der Bevölkerung

# Ein Generationenprojekt für Birsfelden: Ja zur NOB!

Birsfelden steht an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Dorfgeschichte: Die bevorstehende Volksabstimmung über die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt ist weit mehr als eine blosser Sanierung von Asphalt und Schienen. Es ist auch die historische Chance, die Verkehrssituation für Auto, Tram, Velo und Fussgänger/innen zu verbessern, die Lebensqualität massiv zu steigern und Birsfelden als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort für die Zukunft zu rüsten.

«Das Projekt in Birsfelden steht exemplarisch für viele weitere anstehende Ortsdurchfahrtssanierungen in Baselbieter Gemeinden. Die Erneuerung berücksichtigt die Ansprüche der lokalen Bevölkerung – in erster Linie Aspekte der Sicherheit, der Aufenthaltsqualität und des Komforts – ohne dass die Leistungsfähigkeit der Strasse eingeschränkt wird.»

Der Status quo ist für niemanden zufriedenstellend. Die Hauptstrasse ist heute eine graue Schneise, die das Dorf zerschneidet. Lärm, Abgase und eine mangelhafte Aufenthaltsqualität prägen das Bild. Die aktuelle Situation ist besonders für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Kinder und Senioren gefährlich. Wer heute durch Birsfelden geht, verweilt nicht gerne. Das geplante Projekt bringt nun aber wesentlich Verbesserungen. Durch eine bessere Verkehrsführung mit zwei neuen Kreiseln und intelligent gesteuerten Lichtsignalanlagen kann der Verkehrsfluss rund ums Zentrum verbessert werden. Der Transitverkehr, unter dem Birsfelden jeweils leidet, wenn die Autobahn verstopft ist, wird Richtung Zentrum hin so dosiert, dass der Verkehr im Zentrum selbst flüssig bleibt. Ein klarer Gewinn für Birsfelden. Im Weiteren sieht das neue Projekt breitere Trottoirs, sicherere Querungsmöglichkeiten und eine übersichtlichere Anordnung der Verkehrsströme vor. Das führt zu einer deutlichen Erhöhung der Verkehrssicherheit und Trams werden weniger durch Autos behindert.

Mehr Grünflächen, attraktive Bodenbeläge und die Pflanzung zahlreicher neuer Bäume sorgen für eine optische Aufwertung der Hauptstrasse in der Zentrumszone. Zudem wird auf den ganzen 1,5 km ein lärmindernder Strassenbelag eingebaut. Eine attraktive Ortsdurchfahrt lädt zum Flanieren und Verweilen ein. Die Neugestaltung bietet deshalb auch die einmalige Gelegenheit, lokale Geschäfte und Gastronomiebetriebe wieder stärker ins Ram-

penlicht zu rücken – ein weiterer klarer Gewinn für Birsfelden.

Finanziell ist das Projekt mit Gesamtkosten von 77,8 Mio. CHF kein Pappenstiel. Zu erwähnen ist aber, dass sich der Bund mit 6,7 Mio. CHF aus dem Agglomerationsprogramm beteiligen wird. Birsfelden beteiligt sich ebenfalls mit 0,94 Mio. CHF und übernimmt damit die Kosten für die höherwertigen Bodenbeläge im Zentrumsbereich. Netto kostet das Projekt den Kanton also rund 70 Mio. CHF. Dem muss aber gegenübergestellt werden, dass eine reine «Notsanierung» der Tramgeleise, welche in den nächsten Jahren eingeleitet werden müsste, bereits zwischen 30–50 Mio. CHF kostet. Und dies ohne jeglichen Mehrwert für die Bevölkerung. Zudem hat die landrätlichen Bau- und Planungskommission das Projekt auf Herz und Nieren überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass das vorliegende Projekt die bestmögliche Variante darstellt. Das hat auch der Landrat so gesehen und die Vorlage mit 67 Ja zu 8 Nein gutgeheissen, die Landratsfraktion der FDP hat sie einstimmig angenommen. Am 29.04.2026 hat die FDP Baselland denn auch mit 54 Ja zu 3 Nein und 1 Enthaltung ganz klar die Ja-Parole beschlossen.

Stimmen wir deshalb aus Überzeugung Ja zu einer modernen Ortsdurchfahrt. Für ein Birsfelden, auf das wir stolz sein können.



**Christof Hiltmann,**  
Gemeindepäsident Birsfelden



**Thomas Eugster,**  
Landrat Baselland

Alain Bai, Lukas Scherer (Steuergericht), Andreas Faller (Vizepräsident Strafgericht), Matthias Dürst (Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West) und Gina Barra (Strafgericht)



Im März wurden sechs Mitglieder der FDP Baselland an den Baselbieter Gerichten angelobt. Sie übernehmen verantwortungsvolle Funktionen in verschiedenen Gerichten

Am 12. und 26. März fanden im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen die Angelobungen an den Baselbieter Gerichten statt. Dabei wurden sechs Mitglieder der FDP Baselland offiziell in ihre neuen Ämter eingesetzt: Gina Barra am Strafgericht, Daniela Beck am Kantonsgericht, Sabrina Brand und Matthias Dürst am Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West, Andreas Faller als Vizepräsident des Strafgerichts sowie Lukas Scherer am Steuergericht.

Mit ihrer Wahl übernehmen sie wichtige Aufgaben im Dienst des Rechtsstaats und tragen dazu bei, dass die Baselbieter Justiz ihre zentrale Funktion unabhängig, verantwortungsvoll und bürgernah wahrnehmen kann.

Die FDP Baselland gratuliert den Gewählten herzlich zur Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg, Umsicht und Freude bei der Ausübung ihrer neuen Aufgaben. Gemeinsam mit den bereits amtierenden Richterinnen und Richtern leisten sie einen wertvollen Beitrag zum Funktionieren unserer Institutionen und zur Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat.

### Vier der neuen Richterinnen und Richter im Portrait

#### Kurzportrait Gina Barra, Strafgericht

Mein Name ist Gina Barra, ich bin 36 Jahre alt, Mutter einer vierjährigen Tochter und lebe in Arlesheim. Nach meinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel führte mich mein beruflicher Weg zunächst in die Politik, wo ich viele Jahre engagiert war. Die meisten kennen mich vermutlich aus meiner Zeit als Geschäftsführerin und Fraktionssekretärin der FDP Baselland. Anschliessend wechselte ich zu einem nationalen Verband.

Das Strafrecht hat mich jedoch nie ganz losgelassen. Umso mehr freue ich mich, mich nun als nebenamtliche Richterin am Strafgericht einzubringen und damit wieder näher an meinem ursprünglichen Fachgebiet zu sein. Ich freue mich darauf, Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag zu einer sorgfältigen (und freisinnigen) Rechtsprechung zu leisten.

#### Kurzportrait Daniela Beck, Kantonsgericht, Sozialversicherungsrecht

Gerechtigkeit war mir schon immer wichtig. Tatsächlich schreiben Studien dem Sandwich-Kind oft die Rolle des Vermittlers und Friedensstifters zu. Mit der Wahl zur nebenamtlichen Kantonsrichterin hat sich daher ein Kindheitstraum erfüllt. Statt Partei zu ergreifen, erlaubt mir dieses Amt, aus einer übergeordneten Perspektive zu entscheiden, welche Seite im Recht ist.

Am 1. April 2026 durfte ich das Amt als Kantonsrichterin in der Abteilung Sozialversicherungsrecht antreten. Seither prägen intensives Aktenstudium, das Auffrischen von Fachwissen und vor allem das sorgfältige Abwägen von Argumenten meinen Alltag. Diese Aufgaben fordern viel Zeit, die neben einem 40%-Pensum und drei Kindern (3, 5 und 7 Jahre) nicht immer leicht zu finden ist. Umso wichtiger ist mir der Ausgleich: Ab und zu meine Joggingrunde in den Muttenzer Rebbergen zu drehen, schenkt mir die nötige Energie.

## Kurzportrait Sabrina Brand, Zivilkreisgericht West

Tragfähige Lösungen und Entscheide müssen für verschiedene Lebenslagen gefunden werden. Das ist mein Ansporn, mich als Richterin zu engagieren.

Hauptberuflich begleite ich beim Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt ein breites Spektrum an Verträgen und verantworte juristisch komplexe Bau- und Mobilitätsprojekte. Auch privat erlebe ich, was es bedeutet, Verantwortung auf verschiedenen Ebenen mitzutragen: gemeinsam mit einem ebenso engagierten Ehemann, mit zwei lebhaften Kindern, in Gremien und als Teil unserer Gesellschaft.

Im Alltag und im Gerichtssaal begegne ich Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Hintergründen. Die Herausforderung als Richterin sehe ich darin, divergierende Interessen aufzunehmen und zu rechtlich abgestützten Entscheiden zu gelangen. Dabei ist es mir wichtig, dass Justiz verständlich und greifbar bleibt.

## Kurzportrait Matthias Dürst, Zivilkreisgericht West

Nach meiner Schulzeit in Bubendorf und Liestal habe ich Rechtswissenschaften an der Universität Basel studiert. Erste Berufserfahrungen sammelte ich als Volontär am Zivilkreisgericht in Sissach, in einer Anwaltskanzlei und bei einem Pharmaunternehmen. Anschliessend legte ich die Anwaltsprüfung ab.

Meine Begeisterung für die juristische Praxis und die Tätigkeit eines Gerichts zog mich danach ans Bundesgericht nach Lausanne. Seit fünf Jahren wirke ich an letztinstanzlichen Urteilen im Zivil- und Betreibungsrecht mit und unterstütze die Bundesrichterinnen und Bundesrichter bei der Leitung der Verfahren. Berufsbegleitend doktoriere ich an der Universität Basel und befasse mich unter anderem mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen Kunden ihre Daten im Konkursverfahren von einem insolventen Cloud-Anbieter herausverlangen können.



© Adobe Stock

Gericht	Abteilung	Name
Strafgericht		Frau Barra Gina
Kantonsgericht	Sozialversicherungsrecht	Frau Beck Daniela
Kantonsgericht	Sozialversicherungsrecht	Herr Blattner Andreas
Zivilkreisgericht West		Frau Brand Sabrina
Zivilkreisgericht Ost		Frau Brand Fässli Irmgard
Zivilkreisgericht West		Herr Dürst Matthias
Strafgericht		Herr Faller Andreas
Steuer- und Enteignungsgericht		Herr Felix Jörg
Zivilkreisgericht West		Frau Friedli-Schuler Cornelia
Friedensrichterin		Frau Gerber Wenger Sonja
Zivilkreisgericht West		Frau Gürtler Kathrin
Friedensrichter		Herr Hermann Michael
Zivilkreisgericht Ost		Herr Jaisli Sandro
Friedensrichterin		Frau Jeitziner Karin
Kantonsgericht	Sozialversicherungsrecht	Herr Jermann Ignaz
Kantonsgericht	Zivilrecht	Frau Jermann Richterich Barbara
Friedensrichterin		Frau Leifels Corinna
Kantonsgericht	Verfassungs- und Verwaltungsrecht	Herr Leumann Pascal
Zivilkreisgericht West		Herr Linder Andreas
Strafgericht		Frau Meyer López Annette
Friedensrichterin		Frau Munk Schober Aleksandra
Strafgericht		Frau Nüssli Nicole
Friedensrichterin		Frau Pfeiffer Ingrid
Steuer- und Enteignungsgericht		Herr Richner Robert
Friedensrichterin		Frau Schafroth Marion
Steuer- und Enteignungsgericht		Herr Scherer Lukas
Friedensrichterin		Frau Schinzel Karin
Friedensrichter		Herr Schlumpf Rolf
Friedensrichter		Herr Schneider Roger
Zivilkreisgericht West		Herr Scholer Daniel
Strafgericht		Frau Schweizer Silvia
Zivilkreisgericht West		Frau Spiess Fabia
Zivilkreisgericht West		Frau Stern Judith
Friedensrichter		Herr Winter Jean-Jaques
Friedensrichter		Herr Wolf Martin
Steuer- und Enteignungsgericht		Herr Zeller Markus

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen wird ausgeschlossen.

Sagt Nein zur Chaos-Initiative: Peter Spuhler.



# NEIN zur Chaos-Initiative

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Am 14. Juni steht mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick scheint. Die 10-Millionen-Initiative ist kein Lösungsansatz, sondern sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Wer Verantwortung übernimmt, kann dazu nur Nein sagen.

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Chaos-Initiative ab. Die SVP will damit die Schweizer Bevölkerung starr bei maximal 10 Millionen deckeln – und verspricht, das sei die Lösung für sämtliche Probleme in der Schweiz. Ungeachtet dessen, dass sie 2014 die Ecopop-Initiative mit dem Argument ablehnte, eine «starre Beschränkung der Zuwanderung» schade der Wirtschaft. Näheres Hinsehen lohnt sich also.

Ja, die Schweiz steht vor Herausforderungen, da gibt es nichts schönzureden: Staus, steigende Mieten, punktuelle Überlastung der Infrastruktur, ein wachsendes Unsicher-

heitsgefühl. Diese Probleme spüren wir alle in unserem Alltag. Aber nein, ein starrer Bevölkerungsdeckel ist keine Lösung.

### Initiative fordert Kündigung der Bilateralen mit der EU

Die Initiative würde zentrale Pfeiler unseres Erfolgsmodells untergraben und die bilateralen Verträge samt Personenfreizügigkeit an die Wand fahren. Denn die Initiative fordert glasklar, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Das führt automatisch dazu, dass sämtliche bilateralen Verträge mit der EU dahinfallen. Die Bilateralen I würden ausstrahlt.

Die Schweiz müsste das so wichtige Sicherheitssystem Schengen und im Asylbereich das Dublin-Abkommen aufgeben.

### Polizei und Grenzschutz werden blind

Besonders problematisch ist die sicherheitspolitische Dimension. Die Initiative gefährdet die Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitsverbund. Ein Wegfall zentraler Instrumente wie des Schengen-Informationssystems würde unsere Polizei und die Grenzschützer faktisch «blind» machen. Der Zugang zu Fahndungsdaten über Gefährder und Kriminelle, den Grenzbeamte oder Polizisten heute in Sekundenbruchteilen von den europäischen Datenbanken abrufen können, wäre eingeschränkt oder ganz weg. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen freuen sich, denn ab sofort hätten sie in der Schweiz völlig freie Hand!

Gleichzeitig droht durch den Wegfall bewährter Abkommen eine massive Zunahme von Asylgesuchen. Denn jedes Jahr werden in Europa etwa 400 000 Asylgesuche abgelehnt. Im Dublin-Verfahren kann die Schweiz heute mehr Personen wieder abgeben, als sie aufnehmen muss. Seit 2009 konnte sie über 42 000 Personen wieder zurückschicken – gleich viel wie die Bewohner der Stadt Thun! Mit der Chaos-Initiative wäre das vorbei: Jeder in Europa abgewiesene Asylsuchende könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Bund, Kantone und die Gemeinden wären heillos überfordert. Die Schweiz würde nicht sicherer, sondern verletzlicher und im Asylbereich entbrennt das nackte Chaos.

### Niemand will zurück zu Kontingenten

Ein fixer Deckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur über ein rigides Kontingentsystem umsetzen. Die Konsequenz: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, der alle gegeneinander ausspielt – Stadt gegen Land, Gesundheitswesen gegen Industrie, KMU gegen Grossunternehmen. Gerade die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, würden unter einer solchen Kontingentbürokratie besonders leiden. Hunderte neue Beamte, Tausende Verfahren und massive Rechtsunsicherheit wären die Folge.

Die SVP verspricht scheinheilig, es könnten weiterhin jedes Jahr 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Doch heute arbeiten

über 50 000 familienfremde Arbeitskräfte auf den Schweizer Bauernhöfen – 70 Prozent davon aus dem EU-Raum. Allein damit wäre das «Kontingent» der SVP also bereits erschöpft. Wer soll zum Zug kommen? Die Landwirte? Die Gastronomie? Die Baubranche?

Dass zentrale Wirtschaftsakteure sowie breite Teile des Gewerbes klar Nein sagen, kommt nicht von ungefähr. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Peter Spuhler, alt Nationalrat der SVP und Patron von Stadler Rail, ist im Gegensatz zu den meisten seiner Parteikollegen ehrlich: Ihm ist die Initiative «zu extrem» und er weiss, dass die Schweiz auf eine gewisse Zuwanderung schlicht angewiesen ist.

### SVP hat kein Umsetzungskonzept

Wenig überraschend, drückt sich die SVP vor konkreten Ansagen zur Umsetzung ihrer Initiative. Wird durch die Initiative auch nur eine einzige Wohnung zusätzlich gebaut? Ein Verkehrsengpass beseitigt? Ein Einbruch verhindert? Die ehrliche Antwort lautet: NEIN. Die strukturellen Ursachen – etwa langwierige Bewilligungsverfahren, regulatorische Hürden oder politische Blockaden im Wohnungsbau – bleiben unberührt. Statt Lösungen gibt es Symbolpolitik.

Es gibt wirksamere Ansätze: die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials, gezielte Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und effizientere Rahmenbedin-

## Mehr erfahren:

NEIN zur Chaos-Initiative –  
FDP.Die Liberalen Schweiz



gungen. Eben hat die FDP mit der Individualbesteuerung für eine Reform gesorgt, mit der mehr einheimische Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt kommen.

### Nein zum Absägen des eigenen Astes

In einer geopolitisch ohnehin unsicheren Zeit wäre die Annahme der Chaos-Initiative gleichzusetzen mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen. Die Schweiz lebt von Stabilität, Verlässlichkeit und ihrer engen Einbindung in internationale Strukturen. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die Chaos-Initiative löst kein einziges der Probleme. Sie verschärft sie vielmehr – wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch. Wer Verantwortung übernimmt, kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ein Nein ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herausforderungen, sondern ein Bekenntnis zu wirksamen, realistischen und nachhaltigen Lösungen – so mühsam diese auch errungen werden müssen.

Illustrationen mit Unterstützung von KI erstellt.



Verliert den Durchblick: die Polizei.



Christian Wasserfallen,  
Nationalrat Bern

# Über 100 Frauen und klare Positionen

## GV der FDP Frauen Schweiz in Zürich

Die GV der FDP Frauen Schweiz fand dieses Jahr in Zürich statt. Es ging hoch hinaus: Die Veranstaltung begann im «Clouds», dem Restaurant im 35. Stock des Prime Tower, mit einer trotz Morgennebel grossartigen Aussicht über die Stadt Zürich, den See bis in die Alpen hinein. Über 100 Frauen kamen zusammen, darunter auch Ehrengäste wie die ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz und jetzige Co-Präsidentin der FDP Schweiz NR Susanne Vincenz-Stauffacher. Weiter waren auch die Regierungsrätin Carmen Walker Späh vor Ort, die vor einigen Jahren das Präsidium der FDP Frauen innehatte, sowie der Präsident der Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger, der Fraktionschef der Zürcher Kantonsräte Claudio Zihlmann, der Zürcher Stadtrat Michael Baumer, der Präsident der FDP Stadt Zürich Përparim Avdili sowie der neu gewählte Präsident des Zürcher Jungfreisinns Mikhail Shalaev. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz NR Bettina Balmer

erfolgte eine Ansprache von Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, und dann eine kurze Erklärung zur Stadt Zürich von GR Deborah Wettstein, Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich. Auch Kaffee, Gipfeli und Geselligkeit kamen beim Empfang nicht zu kurz.

An der GV selbst ging es in den Räumlichkeiten von Deloitte nebst den statutarischen Traktanden auch um die Individualbesteuerung und wie die Mitte mit ihrer Initiative umgeht. Die Präsidentin brachte ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass die Mitte respektive in diesem Zusammenhang wohl eher die CVP das Wahlergebnis vom 8. März 2026, das auf den Internationalen Frauentag fiel und damit besondere Symbolkraft erhielt, nicht akzeptiert, obwohl dieses mit 54,3% ein klares Bekenntnis der Bevölkerung zur Individualbesteuerung darstellt. Sie gab sich kämpferisch: «Wir sind davon überzeugt, dass auch die Wählerinnen und Wähler wissen, dass ein System nicht zielführend, sondern unsinnig ist, welches auf der

nationalen Ebene ein Vollsplitting oder wahlweise eine Schattenrechnung vorschlägt und auf der kantonalen Ebene individuell besteuert. Ein solches Konstrukt mit zwei verschiedenen Steuersystemen wäre kompliziert, teuer und sehr bürokratisch.» Die FDP-Frauen hätten ihre Ressourcen gerne für neue Herausforderungen gebündelt, sind aber willens, die Mitte-Initiative mit Blick auf die Abstimmung im Herbst 2026 oder Frühling 2027 zu bekämpfen. Weiter hat sich die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz einstimmig gegen die Chaos-Initiative ausgesprochen. Sie wird sich auch zukünftig der Schwerpunktthemen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit und häusliche Gewalt» sowie der Gründung von weiteren Sektionen annehmen. Zudem wurde Anna Marty einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

Nach der GV fand ein gemeinsames Essen im «Puls 5» statt, das den urbanen Charakter des diesjährigen Anlasses unterstrich und wo auch nochmals genügend Zeit vorhanden war für eine gegenseitige Vernetzung bei bester Laune der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste GV der FDP Frauen Schweiz findet am 22. Mai 2027 in Fribourg statt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat sich den Termin vorgemerkt. Es freut uns, wenn sie dann als unser prominentestes Mitglied der FDP-Frauen dabei sein wird. An der diesjährigen DV hat unsere Bundesrätin den Frauen folgenden Gedanken mitgegeben:

«Liebe FDP-Frauen,

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung tagt es sich leichter! Ich gratuliere herzlich zu diesem schönen Erfolg bei der Individualbesteuerung, wünsche Ihnen eine gute Versammlung und danke für Ihr Engagement für die liberale Sache.»

**Bettina Balmer,**  
Nationalrätin und Präsidentin  
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



v.l.n.r.: Mikhail Shalaev, Fabienne Farner, Claudio Zihlmann, Filippo Leutenegger, Bettina Balmer, Carmen Walker Späh, Céline Büchel, Deborah Wettstein, Jonas Projer, Sibylla Stoffel-Hahn, Përparim Avdili, Susanne Vincenz-Stauffacher, Fabiana Margadant



Über 100 Frauen, die bereits Spuren hinterlassen haben: ein herzliches Dankeschön an all unsere Mitglieder. Gemeinsam gehen wir die nächsten Schritte und freuen uns auf alles, was kommt.

FDP Schweiz, mithilfe von KI erstellt.



# Radikales Chaos-Experiment

## Was droht den Auslandschweizern?

Könnten wir überhaupt noch in die Schweiz zurückwandern, wenn dort schon 10 Millionen wohnen? Auf diese Frage von Landsleuten im Ausland kann ich jeweils beruhigend antworten. Die Gefahren lauern aber bei einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit.

### Rückkehr ungefährdet

Die Niederlassungsfreiheit für Schweizerinnen und Schweizer ist in der Bundesverfassung Art. 24 geregelt. Eine Rückkehr aus dem Ausland ist jederzeit möglich. Daran würde sich auch bei Annahme der Initiative nichts ändern.

Es ist ohnehin nicht mit einer grossen Rückkehrerwelle zu rechnen, zu stark sind die meisten mit ihrem Wohnland verbunden, oft auch mit doppelter Staatsbürgerschaft. Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Zahl der Rückkehrer/innen steigt, sei es durch die verschlechterte Sicherheitslage in Krisenregionen oder eine mangelnde gesundheitliche Versorgung. Das wäre ein Thema für einen nächsten «Freisinn»-Artikel.

### Wir wollen keine Zustände wie bei Brexit!

Die Annahme der Chaos-Initiative hätte also keine unmittelbaren Konsequenzen für die Auslandschweizer/innen. Sollte es aber tatsächlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommen, sieht es anders aus. Was auf uns zukommen könnte, wissen wir, weil unsere Landsleute im Vereinigten Königreich mit dem Brexit Ende Januar 2020 genau diese Situation schon erlebten. Mit signifikanten Auswirkungen. Damals waren knapp 40 000 Personen betroffen. Diesmal wären es rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern wohnen.

- › Das Aufenthaltsrecht und die Mobilität würden eingeschränkt. Es ist zu hoffen, dass für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die bereits in der EU leben und arbeiten, eine Lösung gefunden würde, dass sie ihren Aufenthaltsstatus behalten können, analog des «settled-status» bei Brexit. Wer neu umsiedeln möchte, müsste aber auf jeden Fall grössere Hürden nehmen.
- › Für binationale Paare brächte der Wegfall der PFZ-Unsicherheiten und bürokratische Komplikationen bei der Familienzusammenführung.
- › Eine Herausforderung wäre die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Neue Abkommen über die soziale Sicherheit müssten ausgehandelt werden, ähnlich wie bei Brexit. Damals ging es um ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, diesmal um Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
- › Die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen würde entfallen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erschwert, auch umgekehrt natürlich.
- › Vor einer ungewissen Zukunft würden auch die Grenzgänger/innen stehen, die vor allem in den Kantonen Genf (rund 90 000 Personen), Basel-Stadt und Baselland (rund 60 000 Personen) und Tessin (knapp 80 000 Personen) die Wirtschaft am Laufen halten

und einen grossen Anteil des Personals im Gesundheitswesen oder im Detailhandel stellen.

- › Nicht zu unterschätzen ist zudem die Signalwirkung. Die Schweiz geniesst international den Ruf eines offenen, verlässlichen und gut vernetzten Landes. Eine restriktivere Haltung gegenüber Zuwanderung könnte dieses Image beeinträchtigen. Auslandschweizer erleben im Alltag, wie wichtig ein positives Bild ihres Heimatlandes ist – sei es im beruflichen Umfeld oder im gesellschaftlichen Leben.

### Die FDP International sagt NEIN

Als Sektion für die Auslandschweizer/innen hat die FDP International ganz klar die NEIN-Parole beschlossen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative) beschäftigt auch die Auslandschweizerorganisation und stand an der Frühlingssitzung des Auslandschweizerzerrats, ihres höchsten Organs, prominent auf der Traktandenliste. Im Hinblick auf die gravierenden Konsequenzen für die Auslandschweizer erfolgte der Aufruf zur Ablehnung der Initiative klar.



**Helen Freiermuth,**  
Präsidentin FDP International

# Überparteiliches Komitee lanciert Verwaltungsbremse

Jetzt die Initiative der Jungfreisinnigen unterschreiben!

Am 14. April haben die Jungfreisinnigen Schweiz mit einem überparteilichen Komitee, bestehend aus Vertretern aus FDP, GLP, Mitte und SVP, die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes der Initiative.

### Diagnose: Verwaltungswachstum ausser Rand und Band

Allein die zentrale Bundesverwaltung schuf zwischen 2010 und 2024 über 5600 zusätzliche Vollzeitstellen. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen über jene 14 Jahre insgesamt um 32%. Das ist kein gesundes Wachstum mehr – es ist strukturelles Übergewicht.

Dieses Übergewicht untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Steigende Löhne und neue Stellen entziehen der Privatwirtschaft Fachkräfte und schwächen die Wertschöpfung. Eine politisch getriebene Bürokratie belastet Bürger und Unternehmen zusehends. Weil das Parlament die nötige Korrektur schuldig bleibt, braucht es die Verwaltungsbremse als Impuls von aussen.

### Lösung: Die Verwaltungsbremse als Reforminstrument für die Schweiz

Konkret fordert unsere Initiative, dass die Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung (inkl. externer Berater) nicht stärker ansteigen dürfen als der Schweizer Medianlohn. Damit sorgt die Kopplung des Personalkostenwachstums an die Löhne der Bevölkerung dafür, dass der aktuelle Stellenbestand des Bundes erhalten bleibt, während weiteres Stellenwachstum sowie übermässige

ge Lohnerhöhungen faktisch unterbunden werden. Will der Bund neue Stellen schaffen oder die Löhne überproportional erhöhen, müsste er dies an einer anderen Stelle im Personalbudget kompensieren.

Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen. Zur Bewältigung einer Notlage (wie beispielsweise ein Krieg oder eine Naturkatastrophe) kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen.

### Erhebliche Wirkung als Ergänzung zur Schuldenbremse

Obwohl die Verwaltungsbremse einzig das Kostenwachstum der Personalausgaben begrenzt, lässt sie nicht an Wirkung vermissen. Dies liegt aber mehr am masslosen Wachstum der Bundesverwaltung und weniger an der Schärfe der Bremse. Konkret: Hätte man die Verwaltungsbremse bereits 2010 eingeführt, wären die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung bis ins Jahr 2024 anstatt um 32% nur um maximal 17% (Medianlohnwachstum) gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 entspricht das einem Potenzial zu vermeidender Mehrausgaben von rund 7 Mrd. Schweizer Franken – mehr als drei Gotthardröhren.

Während die Schuldenbremse heute sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute keinem direkten Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt als Ergänzung zur bewährten Schuldenbremse für Gleichgewicht statt Übergewicht.

### Wie Sie uns unterstützen

Unterschreiben Sie jetzt und unterstützen Sie unsere Kampagne. Unterschriftenbögen sowie weitere Informationen finden Sie unter [www.verwaltungsbremse.ch](http://www.verwaltungsbremse.ch). Ich danke Ihnen vielmals!



**Lucio Sansano,**  
Präsident Initiativkomitee  
Verwaltungsbremse-Initiative

# Anleitung zum Ausfüllen des beiliegenden Unterschriftenbogens

Vielen Dank für Dein Unterstützung

Hier abtrennen und diesen Teil in den Postbriefkasten werfen

## Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es eigenhändig unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung beachtet oder sich betreten lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht, wird nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Zwingend alle Felder ausfüllen!

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde	Name Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Vorname Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Kampagne finanziell unter- stützen	Informiert bleiben	Eigenhändige Unterschrift	Kontroll- stempel (über lassen)
Bern	3076	Worb					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
			Vera	Müller	06.08.97	Neucengasse 20	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<i>V. Müller</i>	
							<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Senden Sie diese Liste bitte teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort an: **Allianz Verwaltungsbremse, Postfach 2676, 6210 Sursee**  
Ablauf der Sammelfrist: **14.10.2027**

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:  
**Jonas Lüthy**, Postfach 211, 4009 Basel; **Luca Sansano**, Arvenweg 17, 4153 Reinach; **Melanie Radice**, Hans-Hübnerstrasse 38, 4500 Solothurn; **Pauline Blaise**, Levant 138, 1005 Lausanne; **Michael Ueberli**, Industriestrasse 55, 8112 Otelfingen; **Cyril Aellen**, Chemin du Reposol 32, 1255 Vevey; **Martin Bläwile**, Raubbühlstrasse 23b, 8600 Dübendorf; **Severin Brüngger**, Abendstrasse 22, 8200 Schaffhausen; **Thierry Burkart**, Seilerstrasse 10, 5426 Lengnau; **Nico Fankhauser**, Dreiwässerweg 13, 6074 Giswil; **Olivier Feller**, Route de Lausanne 20F, 180 Rolle; **Diana Gutjahr**, Rütlistrasse 29c, 8580 Amriswil; **Camille Hostettler**, Rue du Clos-de-Sierrières 10, 2000 Neuchâtel; **Roger Huber**, Bruchstrasse 35, 8706 Mülten; **Camille Jordan**, Chemin-veux 19, 1902 Evionnaz; **Nicolas Kolty**, Chemin du Missly 11, 1724 Essert; **Karla Lamsiedl**, Hoffeld 24, 8057 Zürich; **Je Moineaux**, Steingrübweg 11A, 3072 Ostermundigen; **Nathan Nigfili**, St. Joderstrasse 27A, 3930 Viège; **Fabio Regazzi**, Via dei Lupi 1a, 8508 Gordola; **Maia Riniker**, Lindenweg 36, 5034 Suhr; **Gregor Rutz**, Postfach 470, 8702 Zollikon; **Jason Steinhilber**, Obereyfeldweg 25A, 3063 Ittigen; **Alessio Vaninetti**, Eschenstrasse 4, 9032 Engelburg; **Susanne Vincenz-Stauffacher**, Flurstrasse 2, 9030 Aتبwil; **Thomas von Allinen**, Wilmsberg 5, 6037 Root; **Alessia Wehrli**, Via Cangina 14b, 7017 Films-Dorf.

Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative stimmberechtigt sind.  
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort:	Datum:	Amtsstempel:
Eigenhändige Unterschrift:	Amthliche Eigenschaft:	

- Name und Vorname **müssen handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden. Der Sammler darf dies nicht selber ausfüllen (Ausnahme: Schreibbehinderung).
- Das Geburtsdatum muss **handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden: **TT.MM.JJJJ**
- Adresse muss **vollständig** ausgefüllt werden und absolut korrekt sein.
- Kanton** darf abgekürzt werden, **PLZ** muss leserlich sein, **Politische Gemeinde** muss ausgeschrieben werden (z.B. BE ist keine Gemeinde, sondern der Kanton). **Wichtig: Pro Bogen dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der selben politischen Gemeinde unterzeichnen.**
- Nur Bögen mit **handschriftlichen Unterschriften** sind gültig. Unterschreiben dürfen in der Schweiz **stimmberechtigte** Personen ab 18 Jahren, auch Auslandschweizer.
- Optional: Hier können Sie angeben, ob Sie die Kampagne finanziell unterstützen und informiert bleiben möchten.
- Diese Felder werden von den Kontrollorganen der Gemeinden ausgefüllt. **Hier darf nichts hineingeschrieben werden.**
- Trennen Sie den Talon ab und werfen Sie ihn in den nächsten Briefkasten. Dafür ist keine Frankierung nötig. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Anleitung zum Ausfüllen des Unterschriftenbogens

# Folgst Du uns bereits auf unseren Kanälen?

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Dich jederzeit über die aktuellen Geschehnisse und Entscheidungen aus Bundesbern auf dem Laufenden.



@fdp\_schweiz



@fdp.dieliberalen



@fdp\_Liberalen



@FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Schweiz unter Kanälen abonnieren



# Verwaltungsbremse

Eine Chance für den Service public

Die Schweizer Verwaltung wächst unaufhörlich – sowohl in der Zahl der Stellen als auch in den Ausgaben. Doch führt dieses Wachstum tatsächlich zu besserem Service für die Bevölkerung oder schafft es eine ineffiziente Bürokratie? Die von den Jungfreisinnigen vorgeschlagene Verwaltungsbremse liefert eine klare Antwort und zwingt uns, die Strukturen und die Effizienz des öffentlichen Sektors grundlegend zu hinterfragen. Sie fordert nicht nur die Verwaltung heraus, sondern stellt auch uns als Gesellschaft vor die Aufgabe, unsere Erwartungen an den Staat und seine Prioritäten kritisch zu überdenken.

## Effizienz im öffentlichen Sektor – Innovation statt Wachstum

Die Verwaltung in der Schweiz wächst nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern auch in ihren Ausgaben. Doch bleibt die zentrale Frage: Führt dieses Wachstum zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung oder resultiert es in einer aufgeblähten Bürokratie, die ihre Effizienz zunehmend verliert?

Für mich als Freisinnige ist die Antwort eindeutig: Es geht nicht um mehr Verwaltung, sondern um mehr Innovation. Verwaltung bedeutet oft Stillstand und Wachstumszwang, während echte Innovation den öffentlichen Sektor effizienter, flexibler und zielgerichteter machen kann. Der Service public hat zweifellos eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, doch die Verwaltung muss sich ständig der Frage stellen, wie sie ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann, ohne sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren.

## Das Parlament in der Verantwortung

Dem Parlament kommt in dieser Diskussion eine Schlüsselrolle zu. Es ist verantwortlich für die Sicherstellung der Grundversorgung, muss jedoch auch die Effizienz seiner Entscheidungen hinterfragen. Häufig werden neue Aufgaben geschaffen, ohne deren Auswirkungen auf die Verwaltung und die Effizienz zu prüfen. Jede zusätzliche Aufgabe erhöht den Verwaltungsaufwand und gefährdet die Effizienz. Das Parlament muss daher nicht nur die Notwendigkeit neuer Anforderungen, sondern auch deren Auswirkungen auf die Verwaltung abwägen.

## Verwaltung für die Zukunft – auch eine Frage der Eigenverantwortung

Auch wir als Gesellschaft müssen unseren Anspruch an den Staat neu definieren. Wir fordern einen Service public, der nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig und zukunftsfähig ist. Doch ebenso wichtig ist es, dass wir uns fragen, was wir wirklich vom Staat benötigen. Effizienz im öffentlichen Sektor kann nur dann erreicht werden, wenn wir als Bürger Verantwortung übernehmen und die Verwaltung entlasten, anstatt von ihr alles zu erwarten.

## Die Chance der Verwaltungsbremse – eine zukunftsfähige Verwaltung gestalten

Die Diskussion über die Verwaltungsbremse bietet eine bedeutende Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie der Service public effizienter, nachhaltiger und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

Die Verwaltungsbremse setzt den Fokus auf die Effizienz der Verwaltung und fordert uns he-

raus, die Strukturen des öffentlichen Sektors neu zu denken. Durch die Koppelung der Personalausgaben an das Wachstum des Medianlohns sollen die Ausgaben für Bundespersonal im Einklang mit der allgemeinen Lohnentwicklung begrenzt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine Begrenzung des Stellenwachstums, sondern verhindert auch übermässige Lohn erhöhungen.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, die Strukturen des öffentlichen Sektors im politischen Diskurs neu zu denken und unsere Erwartungen an den Staat kritisch zu hinterfragen. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden und den Service public so zu gestalten, dass er den Anforderungen der kommenden Generationen gerecht wird. Die Debatte eröffnet die Möglichkeit, innovative Lösungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken, um eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu schaffen. Davon bin ich fest überzeugt.



**Simone Richner,**  
Präsidentin FDP Service Public

# Parolenspiegel

Nationale Abstimmungen vom 14. Juni 2026

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)»</b> annehmen?	<b>NEIN</b>

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)</b> annehmen?	<b>JA</b>

# «Wir wären ohne Schengen schlichtweg blind»

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Alexander Ott war 36 Jahre lang Chef der Fremdenpolizei Bern. Er ist Experte in Migrationsfragen, Menschenhandel und Strukturkriminalität sowie Co-Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste. Im Interview erklärt Ott, welche Auswirkungen die Chaos-Initiative auf die innere Sicherheit der Schweiz hätte.

**Herr Ott, Sie haben 36 Jahre bei der Fremdenpolizei gearbeitet. Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes?**

Migration ist weder noch. Migration ist einfach eine Tatsache. Die einen verwerfen die Hände, weil sie Migration grundsätzlich für etwas Schlechtes halten. Die anderen haben den Hang, Migration zu glorifizieren. Beide Sichtweisen muss man korrigieren.

**Sie warnen vor der sogenannten Chaos-Initiative, welche die Bevölkerung in der Schweiz bei 10 Millionen deckeln will. Warum?**

Mir scheint das Risiko zu hoch, dass diese Initiative die bilateralen Verträge gefährdet und die Schweiz vom Schengener Abkommen ausgeschlossen würde. Bei internationalen Fahndungen ist aber gerade dieser Austausch unserer Sicherheitskräfte mit der europäischen Datenbank absolut zentral.

**Was würde ein Wegfall von Schengen konkret bedeuten?**

Ohne das Schengener Informationssystem (SIS) wäre die Schweizer Polizei schlicht blind. Es ist Dreh- und Angelpunkt in der täglichen Fahndungsarbeit, allein 2024 gelangen den Schweizer Behörden damit über 21 000 Fahndungstreffer, rund 55 pro Tag! Ohne den automatisierten Datenaustausch müssten wir wieder per Telefon, Funk oder Fax fahnden – das wäre ein Rückschritt in die polizeiliche Steinzeit. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen hätten leichtes Spiel, und die Kontrollen

der Grenzwaache wären viel mühsamer und langwieriger – mit entsprechendem Chaos an den Grenzübergängen.

**Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?**

Ein echtes Beispiel aus der Ostschweiz: Eine besorgte Mutter meldete sich bei der Polizei, der Expartner habe das gemeinsame Kind entführt. Noch vor Mitternacht ging die Suchmeldung via SIS europaweit raus. Keine 90 Minuten später kontrollierten deutsche Grenzbeamte ein Auto und hatten den Treffer im System. Weniger als sechs Stunden nach dem Notruf hatte die Mutter ihr Kind wieder in den Armen. Ohne SIS wäre ein solches Happy End kaum mehr möglich.

**Welche Rolle spielt die internationale Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität?**

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Menschenhandel: Ermittler wissen, dass junge Frauen aus Osteuropa nach Zürich geflogen werden. Dank der Vernetzung mit europäischen Datenbanken können wir die Täter und ihre Buchungsmuster gezielt ins Visier nehmen. Wir können feststellen, ob ein Täter in den vergangenen Monaten bereits mit anderen potenziellen Opfern auf der gleichen Strecke unterwegs war. Nur dank diesen raschen, vernetzten Informationen können wir weitere Opfer identifizieren und sie aus dem Menschenhändlerring befreien. Ohne diese Informationsquelle wären wir auch beim Menschenhandel wirklich blind.



Alexander Ott, Co-Präsident Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

**Welche Auswirkungen hätte ein Alleingang der Schweiz im Asylbereich?**

Ein Alleingang würde das Ende der Zusammenarbeit im Rahmen von Dublin bedeuten. Das brächte viel mehr direkte Asylgesuche in der Schweiz und würde das System an die Belastungsgrenze bringen. Das bindet Ressourcen bei den Asylbehörden und belastet massiv die Polizeiarbeit in unseren Kantonen und Gemeinden. Genau diese Polizistinnen und Polizisten fehlen uns dann bei der Kriminalitätsprävention auf der Strasse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Alltag.

**Sie stimmen also Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni?**

Ich mache eine Risikoabwägung. In der aktuellen fragilen Weltlage wäre das Verlieren eines zentralen Fahndungsregisters zentral, denn wir erhalten in der polizeilichen Zusammenarbeit viel mehr Daten, als wir liefern. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ohne Schengen und Dublin unsicherer wäre.



Michael Schoy,  
Leiter Kampagnen FDP Schweiz

# Sicherheit ist kein Nice-to-have

## Warum die Zivildienst-Revision überfällig ist

Die schleichende Erosion unserer Dienstpflicht gefährdet die Einsatzfähigkeit von Armee und Zivilschutz. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist deshalb eine notwendige Korrektur zur Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit.

Die Weltlage hat sich drastisch verändert. Der Ukrainekrieg hat die europäische Friedensordnung erschüttert und das Zeitalter der «Friedensdividende» jäh beendet. Während unsere Nachbarn massiv in ihre Verteidigungsfähigkeit investieren, verharrt die Schweiz im Dornröschenschlaf. Eines der drängendsten Probleme dieser sicherheitspolitischen Naivität: der personelle Aderlass unserer Armee.

### Vom Ausnahmedienst zur bequemen Alternative

Der Zivildienst war als Ausnahme für echte Gewissenskonflikte gedacht, ist heute jedoch zur faktischen Wahlfreiheit verkommen. Die Zahlen sind eindeutig: Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 explodierten die Zulassungen von 1632 auf über 7200 im Jahr 2025. Der zeitliche Faktor 1,5 reicht als Korrektiv längst nicht mehr aus, da die längere Dienstdauer durch massive Privilegien wettgemacht wird. Geregelter Arbeitszeiten, freie Wochenenden und das Schlafen im eigenen Bett machen den Zivildienst zur komfortablen Ausweichmöglichkeit gegenüber der anstrengenden Dienstpflicht in der Armee.

### Systemfehler begünstigt Opportunismus

In den letzten 15 Jahren haben sich nicht die Überzeugungen dieser Männer geändert, sondern das System: Es setzt Fehlanreize und lädt

zu Missbrauch ein. Wenn junge Männer erst bei steigender militärischer Belastung oder lockenden Karriereplänen in den Zivildienst wechseln, ist dies kein Gewissensentscheid, sondern Opportunismus. Diese Entwicklung gefährdet unser Milizsystem. Die Dienstpflicht darf kein Wunschkonzert sein, während Tausende Kameraden unter grosser Belastung den Kernauftrag für unsere Sicherheit erfüllen. Bundesrat und Parlament korrigieren nun diese Schwachstelle.

### Zivildienst als Reservoir für Billiglohnkräfte

Es ist schwer zu erklären, wenn kerngesunde Männer Kopierarbeiten verrichten oder Pausenaufsichten machen, während sie in der Armee oder im Zivilschutz als Fachkräfte fehlen. Der Zivildienst ist zum Reservoir für billige Hilfskräfte verkommen. Die Behauptung, «Zivis» linderten den Fachkräftemangel, ist eine Illusion – sie ersetzen keine diplomierten Fachpersonen. Es ist fahrlässig, strukturelle Lücken im Sozialwesen zulasten der Landesverteidigung zu stopfen. Wenn im Ernstfall Cyberspezialisten oder Drohnenpiloten fehlen, nützt ihr vorheriger Einsatz in Museen wenig.

### Wehrgerechtigkeit stärken

Nachdem die Zulassungen um 400 % explodiert sind, will die Vorlage eine moderate Reduktion um rund 40 %. Wer einen glaubhaften Gewis-

senskonflikt hat, dem steht der Ersatzdienst weiterhin offen. Es geht lediglich darum, das System für Opportunisten unattraktiver zu machen und die Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Es ist eine Frage der Fairness gegenüber jenen Tausenden Milizsoldaten, die ihren Dienst pflichtbewusst leisten, während andere bisher den Weg des geringsten Widerstands wählen konnten.

### Ein Ja für eine sichere Schweiz

Sicherheit ist das Fundament unseres Wohlstands, doch es gibt sie nicht zum Nulltarif. Am 14. Juni entscheiden wir darüber, ob wir unsere Armee und damit unsere Sicherheit ernst nehmen. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist die längst überfällige Korrektur eines Systemfehlers. Sie sichert die Bestände unserer Armee und führt den Zivildienst zu seinem ursprünglichen Zweck zurück.



Heinz Theiler,  
Nationalrat Kanton Schwyz

**FDP**  
Die Liberalen

“

Die Chaos-Initiative macht die Schweiz zum blinden Fleck für europaweit gesuchte Kriminelle. Das **lehne ich entschieden ab.**

Petra Gössi  
Ständerätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Kriminalität bekämpft man mit internationaler Zusammenarbeit – nicht mit Isolation. Deshalb **lehne ich die Chaos-Initiative entschieden ab.**

Maja Riniker  
Nationalrätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Der drohende Rauswurf aus dem Dublin-Asylabkommen bedeutet, dass über 300'000 in der EU abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz nochmals ein Gesuch stellen können. Wir wollen kein Asylmagnet werden.

**Nein zum Eigengoal!**

Christian Wasserfallen  
Nationalrat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Ich will die Schweiz nicht zum Magnet für alle Asylanten in Europa machen. Ich sage **NEIN zur Chaos-Initiative!**

Hans Wicki  
Ständerat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

# Wie sichert die Schweiz ihre Stromversorgung im Winter?

Der Stromverbrauch in der kalten und dunklen Jahreszeit wird bis 2050 steigen. Gleichzeitig wird die Produktion abnehmen. Die gute Nachricht: Eine verlässliche, emissionsarme und bezahlbare Stromversorgung ist möglich – mit einer klugen Kombination mehrerer Technologien!

Die Axpo Energy Reports zeigen zwei realistische Szenarien auf:

## Szenario 1

Ein ausgewogener Mix aus Wasserkraft, mehr Solar, deutlich mehr Windkraft sowie einigen marktaktiven Gaskraftwerken als flexible Ergänzung. Dazu der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

## Szenario 2

Die Schweiz entscheidet sich für zwei neue Kernkraftwerke. Diese koexistieren mit den anderen Technologien: Wasserkraft, mehr Solar, mehr Windkraft sowie marktaktiven Gaskraftwerken.

Scannen Sie hier den QR-Code für die vollständigen Reports:



Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit.

**Unabhängig davon, welchen Weg die Schweiz letztlich einschlägt, lohnen sich auf jeden Fall vier konkrete Massnahmen:**

- ✓ Bestehende Kernkraftwerke möglichst lange laufen lassen. Das ist die günstigste Art und Weise, der Schweiz Zeit für den Ausbau zu verschaffen.
- ✓ Das Fördersystem mehr auf Winterstrom ausrichten.
- ✓ Den Ausbau der Windkraft beschleunigen.
- ✓ Voraussetzungen für Gaskraftwerke schaffen.

**Faktenbasiert. Ideologiefrei. Transparent.**

Die Axpo Energy Reports sind ein fundierter Beitrag zur Schweizer Energiedebatte. Erstellt wurden sie von über 50 Expertinnen und Experten aus allen Axpo-Geschäftsbereichen, gemeinsam mit der ETH Zürich und dem Paul-Scherrer-Institut. Für alle, die sich informieren und sich in die Diskussion einbringen wollen.